

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 20.

Paderborn, 15. Februar

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt werden für die **Monate Februar und März** noch angenommen und die früher erschienenen Nummern vollständig nachgeliefert. Auswärtige wollen bei der nächstgelegenen Postanstalt ihre Bestellungen machen, damit die Zusendung sofort erfolgen kann.

Uebersicht.

Bericht der politischen Commission des Bürgervereins etc.

Deutschland. Berlin (Wahlen für die erste und zweite Kammer; Reorganisation der Bürgerwehr; Bewegung unter dem Militair; Robbertus, Kossuth.) Frankfurt (der Reichsverweser; die Nationalversammlung.) Breslau (der Verein für gesetzliche Ordnung.) Hannover (Schreiben des Kronprinzen.) Wien (die Insurgenten.) Kromschr (der Reichstag.)

Italien. (die Zustände in Rom.)

England. (England und die deutschen Schiffe; Schreiben der Königin an Pius IX.)

Die Abgeordneten zur I. Kammer.

Ueber H. Blum's Tod.

Vermischtes.

Bericht der politischen Commission des Bürgervereins

über die Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848.

Fortsetzung.

Während die zweite Kammer wesentlich den fortbewegenden Trieb des Volksgeistes darstellen, und die erste Kammer dabei das umsichtige und mäßigende Element vertreten soll, so könnte man fragen, welches Prinzip nun noch die dritte Volksgewalt, die Königl. in der Gesetzgebung aufrecht erhalten soll?

Nach dem Vorbereiten ist es zweifellos dieses, daß durch diese dritte Gewalt die bei der künftigen Schaffung der beiden ersten Gewalten in der Minorität gebliebene Fraktion des Volkes, und sodann auch derjenige Theil des Volkes, welcher zwar Vertreter in die Kammern entsendet hat, jedoch solche, die bei der Beschlußfassung der Kammern in der Minorität geblieben sind, daß alle diese, nicht selten auch der Zahl nach die Mehrheit des Volkes ausmachenden Menschen, vom Standpunkte der Billigkeit und Gerechtigkeit aus Berücksichtigung und nach Umständen Schutz finden sollen. Dabei ist mit Hinblick auf die Geschichte, wohl zu bemerken, daß diese Minorität sehr häufig gerade die arbeitenden oder die besonders bedrückten Volksklassen vorstellten, oder daß gewichtige und im Volke mächtige Interessen, nach dem gerade herrschenden Wahl-Gesetze, überhaupt in den Kammern nicht, oder nicht gehörig vertreten worden sind. Was aber in den Gemeinden voll Kraft und Leben ist, verlangt auch im Staate seine Bedeutung, wenn es auch durch das jeweilige Wahlgesetz bisher politisch nicht berücksichtigt worden. Alle diese Volksbestandtheile sollen von der dritten Gewalt ins Auge gefaßt, und das Wahre und Gerechte in den Forderungen derselben von dieser gehandhabt und gewährt werden. Wird diesen Elementen des Volkes durch die Verfassung nicht ein geordneter Schutz und angemessenes Gehör verschafft, so werden sie, bei der in ihnen wogenden Lebenskraft, im verfassungswidrigen Wege sich geltend zu machen suchen. Mit Tadeln und Schelten seitens der Majoritäts-Sieger wird daran nichts geändert. Lieben können sie eine solche Verfassung nicht, aber sie werden und müssen sie hassen, mit aller der den Besiegten gewöhnlich beiwohnenden Rachegluth. Sie werden nicht ablassen von Versuchen, den Boden der Verfassung zu unterhöhlen, und es bei den stets wechselnden Strömungen der Zeit, schon dahin bringen, die ganze Verfassung über den Haufen zu werfen. Dann gibt es wieder Sieger und Besiegte und das alte: „Wehe den Besiegten“ feiert wieder seine blutigen oder

schmachlichen Triumphe. Nur unter Vereinigten und Versöhnten, nicht aber unter Siegern und Besiegten lassen sich die Feste der Freiheit und die Bollwerke des Volksglücks begründen! Dazu und darum ist es im Interesse des ganzen Volkes, daß diese dritte Gewalt auch eine wirkliche Gewalt sei, die nach freier Selbstbestimmung zu einem Gesetzworschlage, von welcher Art er auch sei, und so oft er auch vorgebracht werden möge, eben so gut wie jede der Kammern Ja oder Nein sagen könne.

Wenn bisher in verschiedenen deutschen und außer deutschen Ländern mit dem Konstitutionalismus von oben her ein verderbliches falsches Spiel gespielt worden, so erfordert es jetzt den Muth und die Gesinnungstüchtigkeit derjenigen, welche sich mit der Politik zu befassen haben, dafür zu sorgen, daß mit den Formen der konstitutionellen Monarchie jetzt nicht von unten ein eben so verderbliches falsches Spiel begonnen werde. Es gehört Muth dazu, wie die Geschichte selbst auf ihren beslecktesten Seiten zeigt, die Willkür einzelner Despoten nicht grausamer gewesen, als die wilde Ungebundenheit zügelloser Massen, welche so wie der Despot kein Gesetz und Recht, sondern nur ihre augenblickliche Macht anerkennen. Es gehört Tüchtigkeit der Gesinnung dazu, um auf dem als richtig Erkannten zu bestehen, wenn man nicht nur eine große Menge Unberufener, sondern auch manche Berufene einen falschen Weg gehen sieht, auf den sie verlockt werden, durch das anscheinend einfach klare Licht, welches dorthin führt. Aber der Schein trügt! — Ja, selbst der Schein der Ehre widerrath eine solche Ehrenschilderung der Krone, denn der hehre Glanz, welcher die Krone umgeben soll, kommt vorzugsweise den von ihr sanctionirten Gesetzen zu Gute. Je erhabener die Quelle ist, aus der das Gesetz entspringen, desto heiliger und unverletzlicher wird es im Volke wirken. Nun soll das Gesetz der Willensbestimmung der staatlichen Gewalten, also der beiden Kammern und des Königs entspringen, dieselben müssen daher gleichmäßig in Ehren stehen, und auch nicht dem entferntesten Verdachte eines Zwanges ausgesetzt sein. Denn die Freiheit ist die Grundbedingung und Voraussetzung aller moralischen Existenz, um so mehr der Ehre, welche der eigentlichste Lebensnerv ist. Zwang wäre es aber, wenn der König zu einem Gesetzworschlag nicht eben so gut wie die Kammer, auch zum dritten und viertenmale nein sagen, sondern am drittenmale durchaus ja sagen müßte. Wer zum zweiten oder drittenmal gezwungen ist ja zu sagen, wird auch, wenn er schon das erstemal ja sagt, unvermeidlich dem Verdachte ausgesetzt sein, schon dies nur gezwungen gethan zu haben. Das werden die Gegner des Gesetzes auszubenten wissen! Sobald ein Gesetz ergangen, ist es allerdings ein Gesetz, und führt also auch die Nothigung zu seiner Befolgung mit sich. Hiermit haben wir es hier aber nicht zu thun. Etwas andres ist es mit der äußerlichen ernöthigten Befolgung der Gesetze, und etwas andres mit der Liebe und Verehrung der Gesetze und der aus innerer Willensbestimmung entspringenden aufopfernden Hingebung für dieselben. Keine äußere Macht kann solche innere Volksgesühle anbefehlen oder erzwingen! Und doch beruht die Sicherheit des Staates und das dauernde Glück seiner Bürger bei Weitem weniger auf der äußern Befolgung der Gesetze, als auf der Hochachtung und Liebe des Volkes für die Gesetze, auf seiner Ehrfurcht vor dem Gesetze!

Der Kampf bei dieser Frage wird so hitzig geführt, weil dieselbe auch hier wesentlich eine theoretische ist. Im Theoretischen haben sich aber die Deutschen am meisten bewegt. Im praktischen